

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dirk Spaniel, Matthias Büttner, Leif-Erik Holm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/16820 –**

### **Neue Seidenstraße – Initiativen der Bundesregierung**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Das Projekt hat viele Namen: auf Deutsch wird es meist „Neue Seidenstraße“, auf Englisch „One Belt one Road (OBOR)“ oder „Belt and Road Initiative“ (BRI) genannt.

Die Zeitschrift CATO schreibt in der Ausgabe 04/2019:

„Das chinesische Jahrhundert – Chinas neue Seidenstraße ist ein Projekt von globalem Ausmaß, dessen Bedeutung dem Westen recht spät bewusst wird. Wirtschaftliche Schwächen insbesondere Südeuropas kommen den macht-bewussten Investoren entgegen, während es der EU am strategischen Willen fehlt, der neuen Herausforderung zu begegnen. Auch Afrika und Lateinamerika werden zu chinesischen Einflussgebieten. Europa kommt in die unangenehme Lage, sich zwischen China und den USA entscheiden zu müssen“.

Die Grundidee geht auf den chinesischen Präsidenten Xi Jinping im Jahr 2013 zurück. Es soll eine Win-win-Situation für alle beteiligten Länder sein. Anfänglich sind dem 16+1-Bündnis, 11 EU-Länder, 5 EU-Beitrittskandidaten und China beigetreten. Mittlerweile gehört Griechenland dazu. Deutschland ist bisher nicht in dem Bündnis vertreten ([www.welt.de/politik/ausland/article192524427/Chinas-Seidenstrasse-Was-Xi-Jinping-mit-ihr-wirklich-erreichen-will.html](http://www.welt.de/politik/ausland/article192524427/Chinas-Seidenstrasse-Was-Xi-Jinping-mit-ihr-wirklich-erreichen-will.html)).

Die Fragesteller gehen davon aus, dass die „Neue Seidenstraße“ eines der, wenn nicht sogar das wichtigste neue Wirtschafts- und Verkehrsprojekt im Dreieck Europa, Asien und Afrika sein wird, bei dem mehr als 65 Länder mit 4,5 Milliarden Menschen in erster Linie über die Eisenbahn verbunden sein werden.

### Vorbemerkung der Bundesregierung

Die „Belt and Road Initiative“ (BRI) ist ein multidimensionales außen- und wirtschaftspolitisches Instrument der Volksrepublik China. Der Bundesregierung ist daran gelegen, dass bei der Umsetzung der BRI die Integrität der bestehenden globalen Wirtschafts- und Handelsstrukturen (z. B. Welthandelsorganisation, Weltbank) und bei Projekten in der Europäischen Union (EU) die geltenden EU-Gesetze und Standards eingehalten werden. Für die deutsche Wirtschaft sind zudem der globale, freie und faire Wettbewerb inklusive freier Marktzugänge von herausragender Bedeutung. Hierfür ist Transparenz im Vergabewesen eine wesentliche Voraussetzung. Ferner ist die Bundesregierung der Auffassung, dass im Rahmen von BRI auch internationale Standards eingehalten werden müssen. Hierfür wirbt die Bundesregierung gegenüber China mit Nachdruck, zum Beispiel während des zweiten Gipfels der neuen Seidenstraßeninitiative im Frühjahr 2019 in Peking. Der Staatspräsident der Volksrepublik China Xi Jinping hat die Einhaltung internationaler Standards weitgehend zugesagt. Die Bundesregierung wird auf die Umsetzung dieser Ankündigung drängen.

Eine Studie der „European Chamber of Commerce in China“ (EUCCC) vom Januar 2020 (<https://www.eurochamber.com.cn/en/publications-belt-and-road-initiative>) kommt zu dem Ergebnis, dass die Beteiligungsmöglichkeiten für europäische Unternehmen aufgrund mangelnder Transparenz und fehlender offener Ausschreibungen an Projekten der BRI sehr begrenzt sind. Vielmehr würden Aufträge im Rahmen der BRI zum Großteil an chinesische Staatsunternehmen vergeben und von diesen durchgeführt. Die Bundesregierung setzt sich gegenüber China für bessere Beteiligungsmöglichkeiten für deutsche und europäische Unternehmen ein.

Deutschland als Exportnation hat ein besonderes Interesse an verbesserter Konnektivität zwischen der EU und Asien. National und im Rahmen der EU setzt sich die Bundesregierung dafür ein und unterstützt insbesondere die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie (siehe [https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/50708/connecting-europe-and-asia-building-blocks-eu-strategy\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/50708/connecting-europe-and-asia-building-blocks-eu-strategy_en)). Die EU-Asien-Konnektivitätsstrategie stellt einen regelbasierten und nachhaltigen Ausbau von Infrastruktur in den Vordergrund und soll die EU als ambitionierten Partner positionieren. Die Umsetzung soll Infrastrukturausbau ermöglichen, der gleichzeitig die wirtschaftliche und die politische Souveränität der Zielländer sichert und Beteiligungsmöglichkeiten für EU-Unternehmen durch transparente Ausschreibungen ermöglicht. Auf Grundlage dieser Prinzipien ist sie für internationale Partner, einschließlich China, offen. Die finanzielle Unterlegung der Strategie ist von den laufenden Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 der EU abhängig. Darüber hinaus wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/11471 vom 10. Juli 2019 verwiesen. Vor diesem Hintergrund hat sich die Bundesregierung entschieden, keine Vereinbarungen im Rahmen der BRI mit der Volksrepublik China zu zeichnen.

1. Welche Initiativen unterstützt die Bundesregierung bei dem Projekt „Neue Seidenstraße“ in Deutschland sowie auf europäischer und internationaler Ebene?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen. Die Bundesregierung unterstützt die Anstrengungen im EU-Rahmen zur Verbesserung der Konnektivität innerhalb der Mitgliedstaaten und nach Asien.

2. Welche Infrastrukturprojekte werden nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland für die „Neue Seidenstraße“ gefördert, ausgebaut oder geplant, und sind die „besten Standorte“ für die „beste Vernetzungsqualität“ für die deutschen Teilnehmer im Containerverkehr für Schiene, Straße und Binnen- sowie Seehäfen, namentlich auch Megahub-Anlagen für den kombinierten Verkehr, Straße/Schiene/Hafen dabei?

Ausländische Investoren haben innerhalb Deutschlands Investitionsfreiheit. Standorte wie Duisburg, Hamburg und Nürnberg sind erfolgreiche Endpunkte auch für schienengebundene Warenlieferungen aus China. Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse darüber, ob und welche ausländischen Investitionen innerhalb Deutschlands der BRI zuzurechnen sind.

3. Plant die Bundesregierung ein Rahmenabkommen mit China, ähnlich dem italienischen Rahmenabkommen vom 23. März 2019 in Rom?

Wenn nein, warum nicht?

Nein. Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.

4. Welche internen Ressourcen, Referate etc. innerhalb der Bundesministerien befassen sich mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“, um Deutschland insoweit zukunftsfähig aufzustellen?

BRI wird von der Bundesregierung im Rahmen der bestehenden Ressortzuständigkeiten in den Bereichen Außen-, Wirtschafts-, Entwicklungs-, Verkehrs-, Umwelt- und Finanzpolitik bearbeitet. Die Bundesregierung ist beispielsweise über das Auswärtige Amt im Rahmen der Arbeitsgruppe Konnektivität im Austausch mit Vertretern der deutschen Wirtschaft, um die wirtschaftlichen Chancen und Risiken der Beteiligung an BRI zu erörtern und die Beteiligung deutscher Unternehmen zu verbessern. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

5. Hat die Bundesregierung Kontakte zur chinesischen Regierung bezüglich des Investments in die deutsche Verkehrsweginfrastruktur seitens chinesischer Investoren aufgenommen, gerade vor dem Hintergrund des bekannten massiven Bedarfs an Investitionsmitteln der Bahn, auch unter der Annahme, dass das Bundesschienenausbaugesetz evtl. konkretisiert werden müsste?

Wenn nein, kann sich die Bundesregierung vorstellen, chinesische Investoren zur Sanierung bzw. zum Ausbau von Bahninfrastruktur im Rahmen des Projektes „Neue Seidenstraße“ zu gewinnen bzw. zu beteiligen?

Im Rahmen des seit 2013 andauernden Anstiegs der Investitionen des Bundes im Verkehrsbereich konnten die verfügbaren Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes auf 15,4 Mrd. Euro im Jahr 2020 angehoben werden. Dieser Wert steigt bis zum Jahr 2023 auf ein Niveau von über 17 Mrd. Euro. Für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen stehen in 2020 im Schienenbereich über 7,6 Mrd. Euro zur Verfügung. Angesichts der ausreichend verfügbaren Investitionsmittel (einschließlich des Bundesprogramms zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und der Regionalisierungsmittel) hat die Bundesregierung keine Kontakte im Sinne der Fragestellung aufgenommen.

6. Hat die Bundesregierung Kenntnisse, wieviel Investitionen, Umsatz bzw. Erträge deutscher Unternehmen bei einer Nicht-Aktivität seitens der Bundesregierung verloren gehen bzw. wie viel Wachstum bei einer aktiven Unterstützung des Projektes „Neue Seidenstraße“ seitens der Bundesregierung in Deutschland langfristig bis 2040 generiert werden kann?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die möglichen Störungen oder die etwa möglichen Blockadeversuche der USA (bis hin zu protektionistischen Strömungen im Welthandel oder gar einem Handelskrieg zwischen den USA und den Teilnehmern der „Neuen Seidenstraße“, vgl. [www.spiegel.de/politik/ausland/neue-seidenstrasse-wie-china-wieder-zur-groessten-s-eemacht-werden-will-a-1263529.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/neue-seidenstrasse-wie-china-wieder-zur-groessten-s-eemacht-werden-will-a-1263529.html)) unter der Prämisse, dass Deutschland dem Projekt „Neue Seidenstraße“ beitrifft?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, dass die USA im Rahmen eines größeren Deals mit Peking auf die Initiative „Neue Seidenstraße“ aufspringt, um US-Unternehmen ihrerseits an dem Ausbau der Verkehrs-, Kommunikations- und Energieinfrastruktur sowie besonders der Digitalinfrastruktur im eurasischen Raum zu beteiligen?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Zukunft Deutschlands und ganz Europas unter der Prämisse, die Zukunft durch den Beitritt zum Projekt „Neue Seidenstraße“ aktiv zu gestalten?

Die Fragen 6 bis 9 werden zusammengefasst beantwortet.

Auf hypothetische Fragen antwortet die Bundesregierung grundsätzlich nicht.

Die Bundesregierung setzt sich weltweit für die Aufrechterhaltung eines liberalen, regelbasierten Welthandelssystems und die Integration der Länder in die Weltwirtschaft, unter anderem durch den schrittweisen Abbau internationaler Handelshemmnisse (vgl. Artikel 21 Absatz 2 EU-Vertrag). Sie verweist auf ihre Vorbemerkung.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation, dass China versucht, durch die „Neue Seidenstraße“ Standards im Bereich Elektromobilität, industrielles Internet, künstliche Intelligenz oder Quantencomputer zu setzen?

Aus Sicht der Bundesregierung sollte die Standardsetzung in einem offenen, transparenten und marktgetriebenen Prozess erfolgen. Ziel sollte die gemeinsame Erarbeitung internationaler Normen und Standards in den dafür zuständigen internationalen Gremien sein (unter anderem in der „International Standardization Organization“/ISO). Dem dienen auch die jährlichen Zusammenkünfte der Deutsch-Chinesischen Kommission Normung unter Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, des Deutschen Instituts für Normung (DIN), der Deutschen Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (DKE) und Vertretern der deutschen Wirtschaft.

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der konkurrierenden Regionalmächte Iran und Saudi-Arabien im Rahmen des Projektes „Neue Seidenstraße“, und sieht die Bundesregierung hier die Möglichkeit, bei der aktiven Teilnahme am Projekt die Kriegsgefahr zwischen den USA und Iran zu minimieren?

Der Bundesregierung sind keine Projekte im Rahmen der BRI bekannt, die sich mit dem Abbau der Spannungen in der Golfregion befassen.

12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation bezüglich der Länder des afrikanischen Kontinents und deren Entwicklung durch die „Neue Seidenstraße“, und welche Perspektiven können deutsche Investoren hier haben?

China ist seit Jahren politisch und wirtschaftlich in nahezu allen Staaten Afrikas zu einem zentralen Partner aufgestiegen. Die Bundesregierung wirbt vor diesem Hintergrund gegenüber China für internationale Koordination, Kooperation und Transparenz im Sinne einer realistischen Beurteilung der Risiken und bei der Erarbeitung möglicher Umschuldungslösungen durch internationale Geber im Format des Pariser Clubs unter Einbindung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank. Darüber hinaus wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, bei einer aktiven Teilnahme am Projekt „Neue Seidenstraße“ besonders auf die Themen Sozialstandards, Menschenrechte im Rahmen der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (englisch Sustainable Development Goals, SDGs) einzuwirken ([www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-verstaendlich-erklart-232174](http://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-verstaendlich-erklart-232174))?

Die Bundesregierung stellt sicher, dass bei bilateralen sowie bei Regional- und Globalvorhaben, bei denen die Bundesregierung und China beteiligt sind, international vereinbarte Standards für Umwelt, Soziales und Regierungsführung hinsichtlich der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

14. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, in Deutschland produzierte Automobile mit Elektroantrieb in den Ländern der „Neuen Seidenstraße“ zu verkaufen, und wird die Bundesregierung bei der Initiative „Neue Seidenstraße“ auf die Installation von Elektroladestellen von Deutschland über den Hindukusch bis China einwirken?

Die Bundesregierung ist gemeinsam mit und in Unterstützung der für Handelsfragen zuständigen Europäischen Kommission bemüht, weltweit die Bedingungen für freien, fairen und regelbasierten Handel zu verbessern. Hiervon profitiert die gesamte deutsche Wirtschaft einschließlich der Automobilindustrie.

15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Risiken, dass durch das Projekt „Neue Seidenstraße“ und den damit verstärkten Welthandel in einigen Weltregionen die Einschleppung gebietsfremder Arten die Biodiversität verändern und dadurch die Ökosysteme geändert werden könnten ([www.bfn.de/themen/artenschutz/gefaehrung-bewertung-management/gebietseremde-arten.html](http://www.bfn.de/themen/artenschutz/gefaehrung-bewertung-management/gebietseremde-arten.html))?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.





